

Leiter: Prälat Dr. Karl Jüsten

Sehr geehrter Herr Kardinal Turkson,

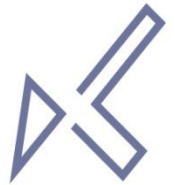
liebe Mitbrüder,

meine sehr geehrten Damen und Herren,

ich möchte mich zunächst sehr herzlich bei Ihnen, lieber Kardinal Turkson, als Vorsitzendem des päpstlichen Rates für Gerechtigkeit und Frieden für die freundliche Einladung zu dieser interessanten Tagung bedanken. Sie bietet uns eine gute Gelegenheit, das Verhältnis von Kirche und Politik näher zu studieren.

Es freut mich, dass ich Ihnen kurz von unseren Erfahrungen in Deutschland berichten und Ihnen einen Einblick in unsere Arbeit an der Nahtstelle von Kirche und Politik in Berlin und übrigens auch in Brüssel geben darf. Das Verhältnis zwischen Kirchen und Politik in Deutschland lässt sich auch heute noch gut durch die Worte der Pastorkonstitution *Gaudium et Spes* beschreiben: Die politische Gemeinschaft und die Kirche sind auf je ihrem Gebiet voneinander unabhängig und autonom. Beide aber dienen, wenn auch in unterschiedlicher Begründung, der persönlichen und gesellschaftlichen Berufung der gleichen Menschen (GS, 76).

Lassen Sie mich Ihnen von einem Ereignis erzählen, das vielleicht ein Schlaglicht auf dieses besondere Verhältnis und damit zugleich auch auf meine Aufgabe in der deutschen Hauptstadt wirft. Vor wenigen Wochen haben wir in Deutschland ein neues Parlament gewählt. Der 18. Deutsche Bundestag ist am 22. Oktober das erste Mal zusammengetreten. Doch bevor sich die Abgeordneten das erste Mal in der neuen Legislaturperiode im Reichstagsgebäude versammelten, haben sich viele von ihnen zunächst in der Berliner Hedwigskathedrale zu einem ökumenischen Gottesdienst zusammen gefunden, zu dem mein protestantischer Kollege und ich die Parlamentarier eingeladen hatten. Unter den Gästen waren die Bundeskanzlerin, große Teile ihres Kabinetts sowie etwa die Hälfte der Bundestagsabgeordneten. Ich denke, dies macht schon deutlich, welch



bedeutenden Stellenwert Religion heute trotz aller säkularen Tendenzen für die Politik noch hat. So gehört es in Deutschland trotz der grundsätzlichen Trennung von Staat und Kirche, die unsere Verfassung vorsieht, eben zur guten Tradition, dass bedeutende staatliche Anlässe nicht vermischt, aber begleitet werden durch religiöse Zeremonien. So war es im vergangenen Jahr auch eine Selbstverständlichkeit, dass sich die Mitglieder der Bundesversammlung vor der Wahl des Bundespräsidenten zu einem ökumenischen Gottesdienst versammelten. Auf meine seelsorgerische Aufgabe für Parlament und Regierung darf ich später noch zurückkommen.

Die katholische und die evangelische Kirche beteiligen sich in Deutschland sehr aktiv an gesellschaftlichen und politischen Diskursen. Sie wollen mit dem ihnen aufgetragenen Dienst am Nächsten ein Stück Verantwortung für die Welt wahrnehmen und am Gemeinwohl mitwirken.

Die Kirchen tun dies in dem Bewusstsein, dass sie in der Verfassung eine besondere Rechtsstellung haben. Dies unterscheidet die deutsche Situation grundlegend von anderen Ländern. Das merken wir schon, wenn wir im europäischen Kontext agieren.

Durch die Bestimmungen des Grundgesetzes, die Verfassungen der deutschen Bundesländer – und vor allem auch durch die Konkordate, Staatskirchenverträge sowie eine Vielzahl von Gesetzen und Verordnungen ist das Verhältnis zwischen Staat und Kirche in Deutschland auf eine gute, enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen den Kirchen einerseits und staatlichen Stellen angewiesen. Wir sprechen in Deutschland gerne von einer „hinkenden“ Trennung von Staat und Kirche, da das deutsche Staatskirchenrecht ein partnerschaftliches Zusammenwirken in weiten Bereichen nicht nur nicht ausschließt, sondern sogar nahe legt. Ich nenne nur als Beispiel den Religionsunterricht an öffentlichen Schulen, die Kooperation im Bereich der Universitäten sowie die Möglichkeit, Steuern zu erheben und durch den Staat einziehen zu lassen. Der weltanschaulich neutrale Staat bedient sich der Kirchen gerade in jenen Bereichen der Sinnstiftung, die für den gesellschaftlichen Zusammenhalt so zentral, dem Staat selber aber verschlossen sind. Im Sozialwort der Kirchen aus dem Jahr 1997 ist die Rolle, die die Kirchen in



Deutschland in der Gesellschaft und gegenüber der Politik für sich in Anspruch nehmen, trefflich beschrieben:

Die Kirchen sind nicht politische Partei. Sie streben keine politische Macht an, um ein bestimmtes Programm zu verwirklichen. Ihren Auftrag und ihre Kompetenz sehen sie auf dem Gebiet der Wirtschafts- und Sozialpolitik vor allem darin, für eine Wertorientierung einzutreten, die dem Wohlergehen aller dient. Sie betrachtet als ihre besondere Verpflichtung, dem Anliegen jener Gehör zu verschaffen, die im wirtschaftlichen und politischen Kalkül leicht vergessen werden, weil sie sich selbst nicht artikulieren können: den Armen, Benachteiligten und Machtlosen, auch der kommenden Generation und der stummen Kreatur. Sie wollen auf diese Weise Voraussetzungen für eine Politik schaffen, die sich an den Maßstäben der Solidarität und der Gerechtigkeit orientiert (Sozialwort, Ziff.4).

Institutionalisierter Ausdruck dieser gewünschten Einflussnahme auf die Politik sind in Deutschland die Verbindungsstellen der katholischen und der evangelischen Kirche. Meine Aufgabe ist es, die Verbindungsstelle der Deutschen Bischofskonferenz in der Hauptstadt – das Kommissariat der deutschen Bischöfe – zu leiten. Es ist in der Hauptstadt besser als „das Katholische Büro in Berlin“ bekannt. Das Katholische Büro kann auf eine lange Geschichte zurückblicken. Es ist im übrigen älter als die Deutsche Bischofskonferenz (DBK), die erst nach dem Konzil konstituiert wurde. Denn es wurde kurz nach Gründung der Bundesrepublik Deutschland im Jahr 1950 mit Sitz in Bonn gegründet. Sein erster Leiter war der Kölner Domkapitular Prälat Wilhelm Böhler, der bereits 1948/49 als Bevollmächtigter der deutschen Bischöfe die kirchlichen Anliegen bei der Ausarbeitung des Grundgesetzes vertreten und seit 1949 als Beauftragter des Vorsitzenden der Fuldaer Bischofskonferenz bei der Bundesregierung in Bonn gewirkt hatte. Die Aufnahme des Gottesbezuges in die Präambel der deutschen Verfassung, der besondere Schutz von Ehe und Familie oder die Art und Weise der Kirchenfinanzierung sind nicht zuletzt Ausdruck auch des Wirkens von Prälat Böhler.

In zeitlicher Nähe zu dem Umzug von Parlament und Regierung von Bonn nach Berlin wurde ich von der Deutschen Bischofskonferenz ab März 2000 zum Leiter dieser traditionsreichen Dienststelle ernannt. Mit Blick auf die



komplexen Aufgabenstellungen der Politik und dem kirchlichen Anspruch der aktiven Teilhabe am staatlichen und gesellschaftlichen Willensbildungsprozess versteht es sich von selbst, dass wir uns professioneller Instrumente und Verfahren zu bedienen haben. Hierzu gehört es auch, dass ich durch ein kleines Team juristisch, ökonomisch und theologisch qualifizierter Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unterstützt werde.

Als Leiter des Katholischen Büros habe ich ein Mandat zur Interessenvertretung von der Deutschen Bischofskonferenz. Hierzu zählt unter anderem der ständige Kontakt mit den Organen des Bundes, wie dem Bundespräsidenten, dem Bundeskanzleramt sowie den Ministerien, dem Bundestag, den Parteien auf Bundesebene sowie den auf Bundesebene agierenden gesellschaftlichen Kräften. Zu den Aufgaben des Katholischen Büros in Berlin gehört auch die Wahrnehmung der Interessen der deutschen Bischöfe auf der europäischen Ebene. So ist unser Büro auch Dialogpartner der Europäischen Institutionen, Agenturen und sonstigen Einrichtungen nach Artikel 17 des Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union.

Unsere Aufgabe erledigen wir, indem wir die Gesetzgebungsvorhaben des Bundes beobachten, sie sachkundig begleiten und Stellungnahmen abgeben. Nicht selten werden wir als Sachverständige von Regierung oder Parlament hinzugezogen. Die politischen Instanzen werden von uns regelmäßig über christliche Einsichten und politische Vorstellungen sowie Beschlüsse der deutschen Bischofskonferenz unterrichtet. Der Informationsfluss erfolgt jedoch auch in umgekehrter Richtung: Ich informiere die Bischöfe regelmäßig im Rahmen ihrer Konferenzen über die politischen Entwicklungen auf Bundesebene oder europäischer Ebene, aber auch die anderen kirchlichen Stellen. Unser Büro arbeitet dem Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz, Herrn Erzbischof Dr. Robert Zollitsch, unmittelbar zu.

Auch die Pflege der Kontakte zu den Verantwortungsträgern in Gesellschaft und Politik gehört zum Kernbereich unserer Aufgaben. Jährlicher Höhepunkt ist hier unser im Herbst stattfindender St. Michaelsempfang, der im politischen Leben der Hauptstadt einen festen Platz hat und mit zwischen 600-700 Gästen große Zustimmung erfährt. Die



Teilnahme der Bundeskanzlerin oder des Bundespräsidenten gehört zur guten Tradition dieser Veranstaltung. Zu unseren Gästen gehören auch viele bedeutende Vertreter des öffentlichen Lebens und der Medienwelt.

Das Kommissariat arbeitet in enger Abstimmung und Verbindung mit dem Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz, dessen Hauptaufgabe die innerkirchliche Meinungsbildung darstellt. Wir stimmen unsere Arbeit insbesondere mit den jeweils zuständigen Bischöflichen Kommissionen ab. Wertvolle und enge Arbeitsbeziehungen unterhalten wir zu den (Erz-)Bistümern und den Katholischen Büros in den Ländern – ich freue mich, dass einige der Kollegen aus den Länderbüros heute hier anwesend sind! Wichtige Ansprech- und Kooperationspartner sind zudem die katholischen Verbände wie etwa der Deutsche Caritasverband, MISEREOR, Renovabis oder sonstige Werke der Weltkirche, das Zentralkomitee der deutschen Katholiken sowie die COMECE – die Kommission der Bischofskonferenzen der Europäischen Gemeinschaft. Wir pflegen außerdem einen ständigen Kontakt zum Apostolischen Nuntius in Berlin. Eine besonders enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit besteht, ich erwähnte es schon, mit dem Bevollmächtigten des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland. Die ökumenische Verbundenheit und Zusammenarbeit ist in einer zunehmend pluralen Gesellschaft unverzichtbar. Gegebenenfalls stimmen wir uns auch mit den Vertretern anderer Konfessionen und Religionen ab.

Ich will nicht verhehlen, dass ein Selbstverständnis der Kirche als aktive Teilnehmerin am politischen Diskurs auch Kritik auf sich ziehen kann, und zwar auf verschiedenen Ebenen. Bisweilen sind bezogene Positionen innerkirchlich nicht unumstritten – so wurden beispielsweise in den siebziger Jahren in Deutschland die Friedensbewegung und die Antiatomkraftbewegung von kirchlichen Basisgruppen mitgetragen. Vielen von ihnen gingen die kirchlichen Positionen und Stellungnahmen nicht weit genug. Andererseits werden dezidierte Stellungnahmen der Kirchen etwa zu Flüchtlingsfragen oder zur Bekämpfung der Armut von manchen Politikern als ungebührliche Einmischung in die Politik angesehen. Wieder andere befürchten, dass die Kirchen in ihrem politischen Engagement zu sehr dem Zeitgeist folgen und ihre wesentlichen Aufgaben versäumen. Zwischen all diesen Polen müssen wir ein vernünftiges und kluges Gleichgewicht erzielen. Dies stellt in der täglichen Arbeit eine



Gratwanderung dar. Wir sind daher stets bestrebt, in unseren Stellungnahmen parteiunabhängig zu sein. Wir pflegen Kontakte zu allen im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien und lassen uns nicht vereinnahmen, was nicht immer einfach ist.

Meine Damen und Herren,

nachdem ich Ihnen nun schon einiges über die Rahmenbedingungen und die Funktionsweise unserer kirchlichen Verbindungsstelle zur Politik berichtet habe, möchte ich Ihnen gerne noch einmal einige konkrete Handlungsfelder aufzeigen, auf denen wir tätig sind. Diese lassen sich im Wesentlichen in drei Bereiche aufteilen:

Erstens nehmen wir eine sozialanwaltliche Rolle ein – für die Menschen, die sich schwer tun, ihre eigenen Interessen zu vertreten. Diese Dimension unseres Dienstes löst nicht selten Kritik aus, weil sie sich manchmal einseitig zugunsten der Schwachen äußert. Sie wird unter anderem wahrgenommen in unserem Engagement auf dem Gebiet der Entwicklungszusammenarbeit. Seit 50 Jahren verantworten das katholische und das evangelische Büro zusammen, dass das von der Bundesrepublik Deutschland den Kirchen für die Entwicklungsarbeit zur Verfügung gestellte Geld wirklich bei denen ankommt, für die es gedacht ist. Die sozialanwaltliche Rolle der Kirchen kommt besonders zum Tragen in unserem Einsatz für die Fremden im Land. So habe ich mich beispielsweise erst vor wenigen Tagen gemeinsam mit meinem evangelischen Kollegen an den Bundesinnenminister gewandt, um ihn zu bitten, sich im Rahmen der Beratungen auf europäischer Ebene für gerechtere Regelungen bei der Aufnahme von Schutzsuchenden in der Europäischen Union und insbesondere eine Verbesserung bei der Seenotrettung auf dem Mittelmeer einzusetzen – wir alle haben die furchtbaren Bilder der vor Lampedusa ertrunkenen Menschen noch vor Augen. Gerade in diesen Tagen versuchen wir in Berlin sehr intensiv daran mitzuwirken, dass die Weichenstellungen der deutschen Politik für die nächsten vier Jahre gerade auch diejenigen erfassen, die am Rande der Gesellschaft stehen. Wie Sie vielleicht gehört haben, verhandeln nach der Bundestagswahl die beiden großen Volksparteien über die Bildung einer großen Koalition. Alle wichtigen politischen Vorhaben für die kommenden



Jahre müssen in einem Koalitionsvertrag niedergelegt sein, um eine Chance auf Verwirklichung zu haben. Daher ist dies auch für uns als Verbindungsstelle eine wichtige Zeit.

Eine zweite wichtige Dimension unserer Aufgabenstellung an der Nahtstelle zur Politik ist die Wahrung und Vertretung kirchlicher Interessen, die den Status der Kirche in Deutschland und Europa berühren. Hier geht es in erster Linie darum, die verfassungsrechtliche Stellung der Kirchen zu bewahren, insbesondere ihr Recht, ihre eigenen Angelegenheiten selbstbestimmt zu ordnen und zu regeln. Durch verschiedene Vertrauenskrisen – ausgelöst etwa durch den Missbrauchsskandal oder auch die Diskussionen um die Bauaktivitäten im Bistum Limburg - sind in der deutschen Öffentlichkeit Diskussionen um den Status der Kirchen entstanden, die uns stark in Anspruch nehmen. Im Fokus der Öffentlichkeit stehen dabei etwa Fragen der Kirchenfinanzierung oder des eigenen kirchlichen Dienst- und Arbeitsrechts.

Die dritte Dimension meiner Aufgabe als Leiter des Kommissariats der deutschen Bischöfe ist der pastorale Auftrag, dem sich diese Tagung ja in besonderer Weise zuwendet. Ich habe schon eingangs von den großen Gottesdiensten berichtet, die mein evangelischer Kollege und ich in ökumenischer Verbundenheit anlässlich bedeutender staatlicher Anlässe feiern. Nicht weniger wichtig jedoch ist die alltägliche pastorale Arbeit, die wir dann jedoch nach Konfessionen getrennt leisten. Meine Gemeinde unterscheidet sich von der eines Gemeindepfarrers dadurch, dass ihr die Parlamentarierinnen und Parlamentarier, die Bediensteten der verschiedenen Bundesbehörden und der Parlamentsverwaltung, die vielen in Berlin tätigen Lobbyisten sowie die Hauptstadtjournalisten angehören. Für sie bieten wir regelmäßig Gottesdienste an. Diese seelsorglichen Angebote werden sehr geschätzt. Denn auch die, die im politischen Geschäft tätig sind, haben Alltagsorgen, Fragen des Glaubens und menschliche Probleme. Sie suchen den Segen Gottes anlässlich von Trauungen und Taufen, aber auch Zuspruch bei Trauer und Leid. Viele erleben es als wichtig, bei uns Räume der Diskretion, der vorbehaltlosen Annahme und des Verständnisses zu finden, weil sie den Alltag mit ihnen teilen. So dürfen sich in unseren Räumen nicht nur die kirchlich



Gebundenen zu Hause fühlen. Weil eine Atmosphäre des Vertrauens herrscht, darf über alles offen gesprochen werden. So gab es beispielsweise anlässlich der Diskussionen in Deutschland über die Zulassung der Präimplantationsdiagnostik verschiedene Kreise in unserem Haus, die sich parteiübergreifend über Chancen und Risiken dieser neuen Technik austauschen konnten. Dabei wurden die Gewissensnöte bei Fragen des Lebensschutzes offen ausgesprochen.

Meine Damen und Herren,

mit dem Umzug von Parlament und Regierung vom katholischen Rheinland in die Diaspora nach Berlin vor 13 Jahren wurde uns vorhergesagt, dass wir Kirchen uns auf ein kühleres Klima einzustellen hätten. Ich mache seitdem die Erfahrung, dass das Interesse an der Meinung der Kirchen nach wie vor groß ist. Die Türen stehen uns Kirchenvertretern auch heute noch offen. Nicht immer können wir freilich unsere Anliegen durchsetzen – aber das ist etwas ganz Normales in der Demokratie. Ich bin davon überzeugt und lasse mich in meiner Arbeit auch von der Überzeugung leiten, dass wir, solange wir unserer Sendung nachgehen und mit offenem Herzen und Verstand auf die Menschen zugehen, solange werden wir auch Gehör finden und immer wieder überzeugen können.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Berlin, im November 2013